

## **Niederschrift**

über die 17. öffentliche Sitzung  
**des Ausschusses für Straßen, Wege und Feuerlöschwesen**

am Montag, dem **24.11.2014**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

### **Tagesordnung:**

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 16 vom 21.10.2014**
- 4. Vorstellung der Planungen für den nächsten Bauabschnitt zum Projekt "Bahnüberführung Deichstraße"  
Vorlage: 220/2014**
- 5. Querungshilfen im Bereich der Hauptstraße  
Vorlage: 221/2014**
- 6. Straßenbeleuchtung  
Vorlage: 216/2014**
- 7. Fortführung der Dorferneuerungsmaßnahmen im Bereich Neufeld II  
Vorlage: 222/2014**
- 8. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsherr Reinhard Oncken  
Ratsherr Frank David  
Ratsherr Folkert Feeken  
Ratsherr Hermann Kleemann  
Ratsherr Stephan Lange  
Ratsherr Andreas Schindler  
Ratsherr Uwe Wispeler

Gäste

Fa. Thalen Consult, Herr Pfeiffer und Herr Fittje zur TOP 4

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg  
Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann  
Dipl. Ingenieur Jan Richter  
Verwaltungsfachangestellte Claudia Meyer als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Oncken, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

--

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 16 vom 21.10.2014**

**Beschluss:**

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Vorstellung der Planungen für den nächsten Bauabschnitt zum Projekt "Bahnüberführung Deichstraße"  
Vorlage: 220/2014

Herr Pfeiffer vom Planungsbüro Thalen gab eine zusammenhängende Darstellung der Baumaßnahme Bahnüberführung Deichstraße. Bereits 2007 wurden Überlegungen zur Bahnüberführung angestellt. In den Gremien und in Abstimmung mit der Bahn entschied man sich für die Variante 1, die 2008 vorgestellt wurde. Im September 2010 lag der Planfeststellungsbeschluss vor, so dass dann die finanzielle Planung geklärt werden musste. In Abstimmung mit dem Eisenbahnkreuzungsgesetz erwies sich dieses als sehr langwierig, so dass erst Anfang 2014 weitergeplant werden konnte.

Anhand eines Übersichtsplanes, der dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt ist, wurde die Maßnahme erläutert. Die Strecke führt über eine Rampe mit einer 6%igen Steigung, die Fahrbahnbreite soll 6,50 m betragen. Die Planung des Brückenbauwerkes erforderte viele Diskussionen und Abstimmungen mit der Deutschen Bahn, bevor es letztlich endlich Klarheit mit der Führung von drei Gleisen gab. Dabei musste berücksichtigt werden, dass in Kurvenbereichen eine Ausweitung der Streckenführung erforderlich wird.

Herr Fittje erläuterte anhand einer Präsentation die weitere Vorgehensweise zur Erstellung des Brückenbauwerkes, die ebenfalls dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt ist.

Im September 2015 wird das Hauptgleis gesperrt, damit mit den Arbeiten begonnen werden kann. Es wird eine Gründung des Bodens mit Bohrpfählen erforderlich sein, um dem gesamten Bauwerk Standsicherheit zu geben. Dabei werden auf jeder Seite je 40 Pfähle von mehr als 1 m Durchmesser in den Boden gebohrt, da der Baugrund sich allein als nicht tragfähig erwiesen hat. Zur Absicherung der Pfähle werden links und rechts Spundwände gesetzt, die 15 m tief in den Boden gesetzt werden. Eine Schwierigkeit ist dabei, dass die Pfähle sehr dicht an die Spundwände gesetzt und daher mehr Pfähle erforderlich sein werden. Da nur jeweils bis zu 1,5 Pfähle am Tag gesetzt werden können, dauern alleine diese Arbeiten rd. 2 ½ Monate.

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes, wie hoch sich der Kostenrahmen beläuft, entgegnete die Verwaltung, dass Gesamtkosten in Höhe von 10,9 Mio. € entstehen, wobei 1/3 der Kosten die Gemeinde tragen muss, gleichwohl hier Zuschüsse nach dem Entflechtungsgesetz zu erwarten sind. Die Vorfinanzierung der Maßnahme erfolgt allerdings durch die Gemeinde in Höhe von 3,6 Mio. €, wobei nach Abschluss der Maßnahme 75 % der Kosten vom Land erstattet werden.

Die Investitionssumme in Höhe von 3,6 Mio. € ist bzw. wird in Teilbeträgen in den Haushalten 2014, 2015, 2016, eingestellt.

Ein Ausschussmitglied erkundigte sich nach dem Ende der Maßnahme, worauf vom Planungsbüro entgegnet wurde, dass im Sommer 2016 die Maßnahme beendet sein wird. Anfang kommenden Jahres soll mit der Ausschreibung begonnen werden.

Die Planungen wurden im Ausschuss positiv zur Kenntnis genommen.

5. **Querungshilfen im Bereich der Hauptstraße**  
**Vorlage: 221/2014**

Die Verwaltung erläuterte, dass in den zuständigen Gremien von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden ist, dass die bestehenden Ampelanlagen im Bereich der Einmündung Falkenweg/Friedhofsweg und im Bereich des Geschäftshauses Wübbenhorst als nicht ausreichend angesehen werden.

Im Ausschuss wurde u.a. über eine Versetzung einer Ampel diskutiert, z. B. die Ampelanlage vorm Geschäftshaus Wübbenhorst zum Bereich Marktplatz/Rathaus.

Dem hielt ein Ausschussmitglied entgegen, dass er Bedenken gegen eine Verlegung hegt, da diese Ampelanlage seinerzeit Bürgerwille war, da sie den Schülerinnen und Schülern aus dem Bereich Sanderbusch/Ulferssches Gelände als Überquerungsmöglichkeit diene. Es sollte von daher über eine zusätzliche Querungshilfe nachgedacht werden.

In diesem Zusammenhang verwies ein Ausschussmitglied auf die Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen, die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügt ist.

Im Ausschuss kam man daher zu dem Entschluss, erst einmal die Polizei, den Landkreis Friesland als zuständige Straßenverkehrsbehörde sowie den Bürgerverein Sande um eine Stellungnahme zu dem Vorhaben einer weiteren Querungshilfe zu bitten.

Als sinnvoll zur Überprüfung des Verkehrsaufkommens wurde desweiteren eine Verkehrszählung gesehen. Erst dann sollte über ein weiteres Vorgehen in der nächsten Straßenausschusssitzung beraten werden.

6. **Straßenbeleuchtung**  
**Vorlage: 216/2014**

Seitens der Verwaltung wurde erläutert, dass die Produktion für den Lampentyp Hochheim, die noch in Teilbereichen der Gemeinde eingesetzt werden, eingestellt worden ist. In der jüngsten Vergangenheit sind viele Lampenköpfe dieses Typs beschädigt worden, so dass sich keine Lagerbestände mehr auf dem Bauhof befinden. Es wird daher in Betracht gezogen, komplette Straßenzüge, in denen Hochheim-Lampenköpfe im Einsatz sind, durch INDAL Köpfe (mit LED) zu ersetzen und die gewonnenen Lampen einzulagern. Die Präsentation dazu ist dieser Niederschrift als **Anlage**

beigefügt.

Dazu ergab sich im Ausschuss eine Diskussion, ob unter Berücksichtigung der Haushaltslage Straßenleuchten gesamter Straßenzüge ausgetauscht werden sollen. Desweiteren wurde von einem Ausschussmitglied ange-regt, in anderen Kommunen anzufragen, inwieweit dort Anschaffungen von Straßenleuchten in den nächsten Jahren geplant sind bzw. ob bei bereits erfolgten Neuanschaffungen, z. B. in der Stadt Wilhelmshaven, noch intak-te, gebrauchte Lampen/Leuchtköpfe übernommen werden könnten. Letztlich war man sich im Ausschuss darüber einig, die geplanten Mittel in den Haushalt bereitzustellen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Fachausschuss empfiehlt im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2015 Mittel für die Umrüstung der Friedrich-Ebert-Str. (Straßen-lampe Hochheim auf INDAL) bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **7. Fortführung der Dorferneuerungsmaßnahmen im Bereich Neufeld II Vorlage: 222/2014**

Der Bürgermeister gab die Vorlage zu dieser Thematik wieder und ging intensiv auf die schwierige Haushaltslage ein. Er ermahnte eindringlich, dass zukünftig auch Einsparungen, die z. B. zu den sog. freiwilligen Lei-stungen gehören, getätigt werden müssen. Es könne nicht sein, dass immer mehr Kredite aufgenommen werden, obwohl die Kassen leer sind und die Handlungsfähigkeit der Kommune dadurch immer weiter eingeschränkt wird. Die Verwaltung müsste auch zukünftig in der Lage sein, dringend erforderliche Ausgaben zu tätigen, die nicht unaufschiebbar sind. Dazu nannte er als Beispiel die Sanierung der Hauptstraße und der Abwasser-anlagen. Es sollten daher Maßnahmen, die nur der gestalterischen Absicht dienen, außen vor gelassen werden.

Dem widersprachen einige Ausschussmitglieder mehrheitlich und nach eingehender Diskussion sprach man sich dafür aus, alle vier Straßen in das Förderprogramm zur Dorferneuerung Sande aufzunehmen, so dass ab 2015 mit der Sanierung der Berliner Straße begonnen wird und in den Folgejahren eine Sanierung wie folgt vorzusehen ist:

2015	Teilstück Berliner Straße
2016	2. Abschnitt Königsberger Straße
2017	Posener Straße
2018	Breslauer Straße

Von der Verwaltung wurde hierzu auf Nachfrage darauf hingewiesen, dass aller Wahrscheinlichkeit nach ab 2015 wieder Zuschüsse aus dem Dorfer-

neuerungsprogramm zu erwarten sind und insofern Anträge zur Aufnahme darin gestellt werden sollten.

Der Änderung des Beschlussvorschlages wurde mit 5 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 1 Nein-Stimme zugestimmt.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird mit der Beantragung von Fördermitteln für die Berliner Straße für das Jahr 2015 beauftragt und vorgeschlagen, im Rahmen der Haushaltsberatungen entsprechende Sanierungskosten im Haushaltsjahr 2015 veranschlagen.

Ergänzend dazu wird die Königsberger Straße (2. Teilausbau) im Haushaltsjahr 2016, die Sanierung der Posener Straße in 2017 und die Breslauer Straße im Haushaltsjahr 2018 veranschlagt.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen

## **8. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

- a) Von der Verwaltung wurde auf die Beanstandung von Zusatzschildern an Verkehrsschildern, die in der Fachausschusssitzung am 21.10.2014 angesprochen worden sind, eingegangen. Es wurde mitgeteilt, dass das Zusatzschild in der Dollstraße fälschlicher Weise unterhalb angebracht ist. Die Zusatzschilder an Straßenschildern am Ulfersschen Gelände werden neu aufgestellt. Schilder des Winterdienstes werden in den nächsten Wochen vom Bauhof aufgearbeitet.
- b) Die Verwaltung gab zur Kenntnis, dass die Kanalbrücke ab sofort wieder für den Durchgangsverkehr freigegeben worden ist.
- c) Auf Nachfrage, wann mit der Fertigstellung der Brücke Umfangstrasse zu rechnen sein wird, wurde von der Verwaltung geäußert, dass sich eine Verzögerung aufgrund der bevorstehenden Feiertage ergibt und mit der Freigabe der Brücke im Januar 2015 zu rechnen ist.

- d) Zu Aufreinigungsarbeiten am Neustädter Tief wurde von der Verwaltung ergänzend auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes erläutert, dass die Sielacht auf eine zusätzliche Aufreinigung besteht. Bedenken hinsichtlich der Befahrung von schweren Fahrzeugen auf Straßen wie z.B. An der Paterei wurde von der Verwaltung mitgeteilt, dass bisher keine Schäden bekannt sind und nach Beendigung der Maßnahme eine Kontrolle von der Verwaltung durchgeführt wird.
- e) In der östlichen Brückstraße wird teilweise das Ausleuchten durch die Straßenlampen durch große Baumkronen behindert. Insbesondere der Fußweg ist sehr dunkel. Ein Rückschnitt der Bäume ist erforderlich. Eine Besichtigung vor Ort mit dem Ausschussvorsitzenden und dem Baumamtsleiter ist erforderlich.
- f) Als bedenklich wurde im Ausschuss weiter die Entscheidung des Verwaltungsausschusses gesehen, einen Baumbeschnitt bei einem Eigentümer im Wohngebiet An der Lehmbalje zugestimmt zu haben, wobei während einer Besichtigungsfahrt des Fachausschuss eine Notwendigkeit nicht gesehen worden ist. Hier wäre somit ein Präzedenzfall geschaffen worden und es wäre damit zu rechnen, dass weitere Anwohner einen Baumbeschnitt fordern.
- g) Ein Ausschussmitglied wies auf Peitschenmasten an der Gießereistraße hin, die schief stehen würden und insofern kein einheitliches Straßenbild abgeben.
- h) Weiter wurde im Ausschuss über die Vorfahrtsregelung von Radfahrern im Kreiselbereich gesprochen. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass Radfahrer, die sich bereits im Kreisel befinden, vorfahrtsberechtigt sind, Radfahrer außerhalb des Kreisels, die in diesen hineinfahren wollen, jedoch nicht vorfahrtsberechtigt sind.

Schluss der Sitzung: 18:25 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin

